

Der Bund  
4. Mai 2007

«16-Jährige sind politisch reif»

Regierungsrat will «ein positives Signal an die Jugend» senden und das Stimmrechtalter auf 16 Jahre senken

Vor 15 Jahren wurde das Stimm- und Wahlrechtalter von 20 auf 18 Jahre gesenkt. Bereits 2008 könnten im Kanton Bern 16-Jährige politisch mündig erklärt werden. Was SP und Regierungsrat fordern, finden die bürgerlichen Parteien völlig überflüssig.

reto wissmann

Nadine Masshardt will 15 000 Berner Teenagern zu mehr Rechten verhelfen. Die 22-Jährige Studentin aus Langenthal sorgt schon in ihrem ersten Jahr als SP-Grossrätin für Wirbel. Mit ihrer Forderung, das Stimm- und Wahlrechtalter auf 16 Jahre zu senken, stösst sie bei der Kantonsregierung auf offene Ohren. «Der Kanton Bern kann damit ein positives Signal für die Jugend abgeben», antwortet die Regierung auf Masshardts Motion. Weniger Freude haben die bürgerlichen Parteien. «Die Forderung ist lediglich Resultat einer verzweifelten Suche nach Profilierungsthemen», sagt der Chef der FDP-Fraktion, Adrian Haas.

«Jugendliche müssen mit 16 Jahren wichtige Entscheide fällen und tragen Verantwortung für ihre Lebensgestaltung», argumentiert Masshardt, «wenn es jedoch um die Mitbestimmung auf politischer Ebene geht, misst man den Jugendlichen ein tieferes Verantwortungsbewusstsein bei.» Wer von staatlichen Regelungen betroffen und zur Diskussion und Entscheidung darüber fähig ist, solle mitreden und mitbestimmen können. Masshardt fordert darum, dass künftig auch 16- und 17-Jährige an kantonalen und kommunalen Abstimmungen und Wahlen teilnehmen sowie Initiativen und Referenden unterzeichnen dürfen. Das passive Wahlrecht soll ihnen aber weiterhin verwehrt bleiben. Sie sollen also auch in Zukunft nicht für ein politisches Amt kandidieren dürfen.

16-Jährige zahlen schon Steuern

Unterstützung findet Masshardt bei der Kantonsregierung: «Der Regierungsrat erachtet die 16-Jährigen aufgrund der guten Informationsmöglichkeiten und ihrer Bildung für urteilsfähig und politisch reif.» Ein tieferes Stimmrechtalter könne zur besseren Integration von jungen Menschen beitragen. Juristisch seien die Jugendlichen zwar erst mit 18 Jahren mündig, sie würden aber in der Regel bereits mit 16 Jahren als urteilsfähig erachtet. Die Regierung weist zudem darauf hin, dass Jugendliche ab 16 steuerpflichtig sind.

Der Regierungsrat sieht Masshardts Anliegen aber auch unter einer demografischen Perspektive. Die Mehrheit der Wählerschaft verschiebe sich zunehmend hin zu den älteren Semestern, die in Bezug auf die Generationensolidarität eine Tendenz zur eigenen Besitzstandwahrung zeigten. «Für die Regierung stellt das Stimmrechtalter 16 eine mögliche Massnahme zur Förderung der Generationensolidarität dar.»

Der Regierungsrat macht sich aber keine Illusionen über die Auswirkungen eines tieferen Stimmrechtsalters. Einerseits würde sich die Zahl der Stimmberechtigten lediglich um zwei bis drei Prozent erhöhen. Andererseits ist sich die Regierung bewusst, dass die Stimm- und Wahlbeteiligung bei den Jungen unterdurchschnittlich ist. Sie hofft aber, dass die frühere Einbindung in politische Entscheide langfristig die Stimmbeteiligung erhöhen wird.

Diese Hoffnung teilt Adrian Haas nicht. Auch Stimmrechtsalter 18 habe nicht zu mehr Interesse der Jugendlichen an Politik geführt, sagt der FDP-Grossrat. Gleicher Meinung ist der SVP-Fraktionspräsident: «Die Jungen werden nicht immer früher reif», sagt Heinz Siegenthaler. Ausserdem bestehe die Gefahr, dass die Jugendlichen durch extreme politische Gruppierungen vereinnahmt würden. Und schliesslich hätten die 16- und 17-Jährigen gar kein Interesse, abstimmen oder wählen zu dürfen. Fazit: FDP- und SVP-Fraktion werden den Vorstoss mehrheitlich ablehnen.

Volksabstimmung schon 2008

Wird er mit Hilfe der Links- und Mitteparteien dennoch angenommen, könnte das Volk laut Staatsschreiber Kurt Nuspliger bereits in gut einem Jahr über eine Verfassungsänderung abstimmen.

Als Gäste waren die Jugendlichen im Grossen Rat stets willkommen. Nun wird sich zeigen, ob das Parlament auch an ihrer politischen Mitsprache interessiert ist. valérie Chételat

was bisher geschah

In der Bundesverfassung von 1848 wurde das Stimm- und Wahlrechtalter auf 20 Jahre festgelegt. 1989 senkte es der Kanton Bern als dritter Kanton nach Schwyz und Glarus auf 18 Jahre. Auf Bundesebene wurde es 1991 im zweiten Anlauf ebenfalls gesenkt. Bereits 1999 forderte die Berner SP-Nationalrätin Ursula Wyss eine weitere Senkung auf 16 Jahre. Die Staatspolitische Kommission stimmte der Forderung zunächst zu, der Nationalrat lehnte jedoch ab. Ihre Forderung hatte Wyss bereits 1998, damals noch als Grossrätin, auf Kantonsebene eingebracht. Zunächst stimmte der Grosse Rat zumindest für Gemeindeangelegenheiten zu, lehnte die konkrete Verfassungsänderung im Jahr 2002 dann jedoch ab. Abgelehnt wurde Stimmrechtalter 16 in den letzten Jahren ebenfalls von den Kantonen Aargau, Zürich, Luzern, Freiburg, Basel-Stadt, Schaffhausen und Thurgau. Im Kanton Glarus entscheidet die Landsgemeinde am nächsten Sonntag über Stimm- und Wahlrechtalter 16. (rw)

## POLITISCHE BILDUNG

Gratis Lehrmittel für Schulen

Schweizer Jugendliche haben am Ende ihrer Schulzeit wenig Ahnung vom politischen System ihres Landes. Neunzig Prozent können zum Beispiel die Legislative auf Bundesebene nicht benennen. Oder fast 70 Prozent denken, der Bundesrat entscheide, ob ein Referendum angenommen wird oder nicht. Im Oktober letzten Jahres hatte der «Bund» diese Ergebnisse einer Studie der Pädagogischen Hochschulen Bern, Zürich und Aargau publik gemacht und damit nicht nur die Forderung nach Stimmrechtalter 16 (siehe Haupttext), sondern auch eine ganze Reihe parlamentarischer Vorstösse zur politischen Bildung ausgelöst.

EVP-Grossrat Erwin Sommer forderte die Regierung beispielsweise auf, «geeignete Massnahmen zu treffen, dass Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Ausbildungszeit über das nötige Basiswissen verfügen». SP-Grossrätin Nadine Masshardt verlangte eine neue Website zur politischen Bildung sowie eine Stärkung der politischen Bildung in der bernischen Lehrerbildung.

Unterricht zu wenig wirksam

Gestern hat der Regierungsrat die Antworten auf die insgesamt sechs Vorstösse publiziert. «Der Staatskundeunterricht muss wirksamer werden», hält die Regierung fest. Zur Unterstützung will die Erziehungsdirektion allen Schulen im Kanton Bern gratis das Mitte Mai beim Berner Schulverlag erscheinende Lehrmittel «Politik und Demokratie - leben und lernen» zustellen. Laut

Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (grüne) ist die Aktion Folge der aktuellen Diskussion um das Thema. Zusammen mit der Pädagogischen Hochschule Bern klärt die Erziehungsdirektion zudem ab, ob eine spezielle Lehrveranstaltung zur politischen Bildung eingeführt werden soll.

Die Regierung hält aber auch fest, dass der bernische Lehrplan bereits heute politische Themen enthalte. Die Erfolge seien aber noch nicht befriedigend. Daher habe die Erziehungsdirektion bereits 2006 eine Umsetzungshilfe herausgegeben. Darin sind Bedeutung und Aufgabe der politischen Bildung sowie Umsetzungsmöglichkeiten dargestellt. Sie enthält aber auch eine kommentierte Liste von Internet-Links. Zusammen mit einem neuen Angebot der Fachhochschule Nordwestschweiz ([www.politischebildung.ch](http://www.politischebildung.ch)) mache dies ein weiteres Engagement des Kantons Bern bezüglich Internet überflüssig. (rw)

ZUR SACHE:

«Das bringt nichts»

Hans Hirter

ist Politologe an der Universität Bern.

«bund»: 16-Jährige sollen im Kanton Bern das Stimm- und Wahlrecht erhalten. Werden die Jugendlichen es auch nutzen?

Hans Hirter: Einzelne werden sicher an die Urne gehen. Wahrscheinlich wird die Beteiligung bei den 16- und 17-Jährigen aber sogar noch tiefer liegen als bei den 18- bis 24-Jährigen, wo sie rund halb so gross ist wie beim Gesamtdurchschnitt. Wird das Stimm- und Wahlrechtalter 16 eingeführt, sinkt auf jeden Fall die Gesamtbeteiligung noch weiter ab.

Sie lehnen also den Vorschlag der bernischen Kantonsregierung und der Jungsozialisten ab?

Ein tieferes Stimm- und Wahlrechtalter bringt nichts, schadet aber auch nichts. Man muss sich aber fragen, ob es die Debatte braucht, wenn die 16- und 17-Jährigen gar kein Interesse haben. Wer will, kann sich ja in Verbänden oder Parteien engagieren.

Deutsche und österreichische Bundesländer senken das Stimm- und Wahlrechtalter. Begehen unsere Nachbarn einen Fehler?

Ich kenne die Situation nicht genau. Es ist aber ein Unterschied, ob ein 16-jähriger Deutscher einmal in vier Jahren wählen gehen kann oder ob ein 16-jähriger Schweizer alle paar Monate zu mehreren Vorlagen Stellung beziehen soll.

Der Kanton Bern will in Eigenregie die politischen Rechte anpassen. Bräuchte es nicht eine landesweit einheitliche Lösung?

In der Schweiz ist es üblich, dass Veränderungen über kantonale Experimente laufen. Beim Stimmrechtalter 18 oder beim Frauenstimmrecht war es nicht anders. Diesbezüglich hat der Föderalismus eine beschleunigende, und nicht wie sonst oft eine hemmende Wirkung.

Warum interessieren sich so wenig Jugendliche für Politik?

Der Politikbetrieb ist weit weg von den Alltagsorgen der Jugendlichen. Ich stelle auch fest, dass die Verwurzelung in einer Gemeinde grossen Einfluss auf die Partizipation hat. Jugendliche sind

geografisch noch sehr mobil. Sie interessieren sich zwar für einzelne politische Themen wie den Irak-Krieg oder den Bau neuer Atomkraftwerke. Das generelle Interesse an Politik wächst aber erst mit der Zeit.

Muss man also gar nichts ändern?

Doch, es wäre sinnvoll, den Staatskundeunterricht auszubauen und die Jugendlichen mit den politischen Institutionen des Landes vertraut zu machen. (rw)